



Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/1122/2012**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 14.09.2012

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Michael Janitzki, Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschuss	01.10.2012	Beratung
Stadtverordnetenversammlung	11.10.2012	Entscheidung

Betreff:

Bericht zum Schlussbericht des Hessischen Rechnungshofes

- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 14.09.2012 -

Antrag:

„Der Schlussbericht des Hessischen Rechnungshofes über die 151. Vergleichende Prüfung „Haushaltsstruktur 2011: Sonderstatusstädte“ wurde den Fraktionen ausgehändigt. Aus diesem Anlass möge der Magistrat in der Stadtverordnetenversammlung am 22. November 2012 berichten,

- welche Ergebnisse des Schlussberichtes des Landesrechnungshofes für ihn bedeutsam sind,
- welche Konsequenzen er aus dem Bericht zieht und
- ob und welche Empfehlungen er beabsichtigt umzusetzen?“

Begründung:

Die Terminsetzung hängt damit zusammen, dass der Magistrat bis Ende November eine Stellungnahme abgeben kann und wir die Einschätzung des Magistrats kennenlernen möchten.

Wir z. B. halten die Aussage im Schlussbericht für sehr bedeutsam, dass nämlich die Gießener bei der Steuer- und Gebührenbelastung der Bürger im Vergleich zu den anderen Sonderstatusstädten die höchsten Lasten zu tragen haben. (S. 129) Andere werden vielleicht zu einer anderen Einschätzung kommen.

Michael Janitzki
Fraktionsvorsitzender